



Gudrun Witter

Tel.: 03681/354261

e-mail:Gudrun.Witter@statistik.thueringen.de

Gemeindefinanzen in Thüringen 2006

Die Thüringer Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Verwaltungsgemeinschaften hatten im Jahr 2006 Ausgaben in Höhe von insgesamt 4 305 Mill. Euro. Diesen standen Einnahmen von 4 487 Mill. Euro gegenüber. Aus dem Saldo zwischen Ausgaben und Einnahmen errechnete sich in der finanzstatistischen Abgrenzung im Jahr 2006 ein Finanzierungsüberschuss von 183 Mill. Euro.

Die Tilgungsraten der Kommunen an den Kreditmarkt lagen bei insgesamt 302 Mill. Euro und damit 100 Mill. Euro über der Neuaufnahme von Krediten. Der Schuldenstand nach der jährlichen Schuldenstatistik betrug am Ende des Jahres 2 721 Mill. Euro und entsprach damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 171 Euro.

Vorbemerkungen

Mit den nachfolgenden Ausführungen soll ein Überblick über das Ergebnis der Kommunalhaushalte im Jahr 2006 gegeben werden.¹⁾ Basis dafür bilden die Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik sowie der jährlichen Schuldenstatistik, die einen zeitnahen Überblick über die Entwicklung der kommunalen Finanzen vermitteln und eine wichtige Grundlage für wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen bilden.

Im Mittelpunkt stehen die wesentlichen Ausgabe- und Einnahmepositionen der Kommunalhaushalte sowie die Schuldenbewegungen am Kreditmarkt und der aktuelle Schuldenstand.

Die finanzstatistischen Daten werden nach der kommunalen Haushaltssystematik erfasst und aufbereitet.

Zum Berichtskreis gehören alle Städte und Gemeinden sowie die Gemeindeverbände (Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisverwaltungen) des Landes. Grundlage für die Berechnungen je Einwohner bilden die amtlichen Bevölkerungszahlen am 30.6. des jeweiligen Jahres.

Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen

Die Gemeinden und Gemeindeverbände hatten im Jahr 2006 **Ausgaben** in Höhe von 4 305 Mill. Euro, das waren 1 853 Euro je Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Ausgabenanstieg um 237 Mill. Euro oder 5,8 Prozent, der bei leicht rückläufigen Personal- und Zinsausgaben vor allem auf wesentlich höhere Ausgaben für soziale Leistungen, vorrangig bedingt durch die Einführung von Hartz IV, sowie auf gestiegene Investitionsausgaben zurückzuführen ist.

Im gleichen Zeitraum erhöhten sich auch die kommunalen **Einnahmen**. Sie stiegen um 194 Mill. Euro oder 4,5 Prozent auf 4 487 Mill. Euro (1 932 Euro je Einwohner).

Neben gestiegenen Steuereinnahmen führten u. a. höhere Landeszuweisungen, die die Kommunen zur Finanzierung der ihnen obliegenden Aufgaben, darunter auch der sozialen Leistungen, erhielten, zur Erhöhung ihrer Einnahmen.

¹⁾ ohne Eigenbetriebe

Als Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen errechnete sich ein positiver Finanzierungssaldo von 183 Mill. Euro (2005 = 226 Mill. Euro).

Tabelle 1: Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben der Gemeinden/Gemeindeverbände ¹⁾

	Gesamt- ausgaben	Gesamt- einnahmen	Finanzierungssaldo (Defizit -, Überschuss +)	
	Mill. Euro			Euro/Einwohner
2004	4 040	4 183	+ 143	+ 61
2005	4 068	4 294	+ 226	+ 96
2006	4 305	4 487	+ 183	+ 79

1) ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene

Auf der Ausgabenseite der Kommunalhaushalte bilden die **Personalausgaben** einen gewichtigen Einzelposten. Sie lagen im Jahr 2006 bei 1 110 Mill. Euro oder 478 Euro je Einwohner. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier ein Rückgang um 0,4 Prozent bzw. 5 Mill. Euro festzustellen. Mögliche Gründe für diese Entwicklung sind auslaufende Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsförderungsreformgesetzes, die Nutzung von Teilzeitmodellen sowie ein weiterer Personalabbau in den kommunalen Haushalten.

Gemessen an den Gesamtausgaben lag der Anteil der Personalausgaben mit 26 Prozent um einen Prozentpunkt unter dem Vorjahreswert.

Tabelle 2: Entwicklung der Beschäftigten und der Personalausgaben in den Kernhaushalten der Gemeinden/Gemeindeverbände

Merkmal	Einheit	2004	2005	2006
Beschäftigte	Anzahl	33 849	31 621	31 179
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	%	- 4,3	- 6,6	- 1,4
Personalausgaben	Mill. Euro	1 153,6	1 114,8	1 109,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	%	- 2,2	- 3,4	- 0,4

Die Personalausgabenbelastung der einzelnen Körperschaftsgruppen stellte sich wie folgt dar.

Aufgrund ihrer zentralörtlichen Funktion hatten die kreisfreien Städte 24 Prozent ihres Ausgabenvolumens für Löhne und Gehälter aufzuwenden. In den kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften) sowie den Landkreisverwaltungen lag die Personalausgabenquote bei 26 bzw. 27 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr war das bei den kreisfreien Städten ein Rückgang um einen Prozentpunkt. Bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften sank die Quote um zwei Prozentpunkte und in den Landkreisverwaltungen war wiederum ein Rückgang um einen Prozentpunkt festzustellen.

Im Vergleich der neuen Bundesländer hatten die Thüringer Gemeinden und Gemeindeverbände bei den Personalausgaben je Einwohner mit 478 Euro nach Sachsen (466 Euro) die zweitniedrigsten Kosten. Sie lagen um 39 Euro unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer und um 54 Euro unter dem Niveau der Länder des früheren Bundesgebietes.

Tabelle 3: Personalausgaben je Einwohner

Gebiet	Personalausgaben in Euro je Einwohner
Sachsen	466
Niedersachsen	475
Thüringen	478
Schleswig-Holstein	484
Saarland	492
Mecklenburg-Vorpommern	493
Rheinland-Pfalz	502
Bayern	517
Nordrhein-Westfalen	550
Hessen	564
Baden-Württemberg	572
Brandenburg	584
Sachsen-Anhalt	590
neue Bundesländer	517
früheres Bundesgebiet	532

Tabelle 4 gibt einen Überblick über die Personalausgaben je Einwohner nach Gebietskörperschaftsgruppen in den Jahren 2004 bis 2006. Hier kann festgestellt werden, dass lediglich bei den kreisangehörigen Gemeinden einschließlich der Verwaltungsgemeinschaften ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr er-

folgte, in den anderen Gebietskörperschaftsgruppen jedoch vorwiegend auf die rückläufigen Bevölkerungssteigerungen zu verzeichnen waren, die die Bevölkerungszahlen zurückzuführen sind.

Tabelle 4: Personalausgaben in Euro je Einwohner nach Gebietskörperschaftsgruppen

Gebietskörperschaftsgruppen	2004	2005	2006	Veränderung 2006 zu 2005 in %
Kreisfreie Städte	517	495	496	+ 0,2
Kreisangehörige Gemeinden (einschl. Verwaltungsgemeinschaften)	292	280	279	- 0,4
Landkreise	186	190	193	+ 1,6
Gemeinden und Gemeindeverbände	488	475	478	+ 0,6

Neben den Personalausgaben nimmt der **laufende Sachaufwand** im Verwaltungshaushalt der Kommunen eine wichtige Stelle ein. Hierzu zählen u.a. der gesamte sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand, wie Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, Geräte und Ausrüstungsgegenstände, Ausgaben für Mieten und Pachten, Haltung von Fahrzeugen, Schülerbeförderungskosten, Geschäftsausgaben usw.

Im Jahr 2006 mussten die Kommunen dafür insgesamt 764 Mill. Euro aufbringen, im Jahr zuvor waren es 737 Mill. Euro.

Für **soziale Leistungen**, wie Sozialhilfeleistungen, Leistungen der Jugendhilfe, Leistungen der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie diverse Zahlungen im Rahmen von Hartz IV wurden im Jahr 2006 durch die Gemeinden und Gemeindeverbände 1 029 Mill. Euro ausgegeben.

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Anstieg um 7,4 Prozent bzw. 71 Mill. Euro.

Aufgrund der Einführung des ALG II war bei den Landkreisen und kreisfreien Städten als Träger der Sozialhilfe ein Rückgang bei den Sozialhilfeausgaben um 5 Mill. Euro auf insgesamt 354 Mill. Euro zu verzeichnen.

Die Ausgaben für Leistungen der Jugendhilfe lagen mit 114 Mill. Euro um 8 Mill. Euro über dem Vorjahresniveau. Hauptgrund dafür war die Einführung des Thüringer Erziehungsgeldes zum 1.7.2006.

Die Leistungen nach dem Gesetz über eine bedarfsgerechte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbs-

minderung stiegen gegenüber dem Jahr zuvor um 5 Mill. Euro und erreichten damit ein Volumen von 40 Mill. Euro.

Für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wurden mit insgesamt 21 Mill. Euro 4 Mill. Euro weniger gezahlt als im Vorjahr.

Maßgeblich beeinflusst wurde die Entwicklung der Ausgaben für soziale Leistungen durch die Zahlungen der kreisfreien Städte und Landkreise in Form von Leistungsbeteiligungen zum ALG II an die Arbeitsgemeinschaften in Höhe von 402 Mill. Euro sowie durch direkt gezahlte Leistungen an Arbeitsuchende in Höhe von 72 Mill. Euro.

Die sonstigen sozialen Leistungen, zu denen neben den Ausgaben für Seniorenbetreuung und 1-Euro-Jobs u.a. Zahlungen nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz sowie dem Berufsrehabilitationsgesetz gehören, betragen 26 Mill. Euro, 2 Mill. Euro mehr als im Jahr 2005.

Die Ausgaben für **Sachinvestitionen**, die auf Grund der Sparzwänge der Kommunen in den zurückliegenden Jahren permanent zurückgefahren werden mussten, stiegen im Jahr 2006 erstmals wieder an.

Es konnten 84 Mill. Euro mehr investiert werden als im Jahr zuvor. Insgesamt gaben die Gemeinden und Gemeindeverbände 694 Mill. Euro für Sachinvestitionen aus.

Davon stiegen die Ausgaben für Baumaßnahmen um 83 Mill. Euro oder 16 Prozent auf insgesamt 604 Mill. Euro, die Ausgaben für den Erwerb von Sachvermögen blieben dagegen mit 90 Mill. Euro auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr.

In den einzelnen Gebietskörperschaftsgruppen stellt sich die Entwicklung zum Vorjahr wie folgt dar.

Die Ausgaben für Sachinvestitionen stiegen in den sechs kreisfreien Städten um 14 Mill. Euro bzw. 13 Prozent; die Gemeinden einschließlich ihrer Verwaltungsgemeinschaften tätigten Investitionen, die um 82 Mill. Euro (+21 Prozent) höher waren als im Vorjahr. Dagegen ist bei den Landkreisverwaltungen im Jahr 2006 weiterhin ein Rückgang in Höhe von 12 Mill. Euro (-10 Prozent) zu verzeichnen.

Tabelle 5: Ausgaben für Sachinvestitionen (Mill. Euro)

Merkmal	2004	2005	2006
Baumaßnahmen	627,7	520,8	604,3
Erwerb von Sachvermögen	88,1	89,7	90,0
Sachinvestitionen insgesamt	715,8	610,5	694,3
Veränderung zum Vorjahr %	- 8,7	- 14,7	+ 13,7

Die Sachinvestitionsquote (Ausgaben für Sachinvestitionen gemessen an den Gesamtausgaben) lag im Jahr 2006 bei 16 Prozent (vor 10 Jahren war diese Quote noch nahezu doppelt so hoch).

Tabelle 6: Ausgaben für Baumaßnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände nach ausgewählten Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	2004		2005		2006		Veränderung 2006 zu 2005
	Mill. Euro	Euro je Einw.	Mill. Euro	Euro je Einw.	Mill. Euro	Euro je Einw.	Prozent
Schulen	93,3	39	83,5	36	74,8	32	- 10,4
Städteplanung	100,5	43	87,6	37	107,3	46	+ 22,5
Straßen	181,4	77	158,6	68	175,6	76	+ 10,7
Abwasserbeseitigung	18,5	8	8,3	4	7,6	3	- 8,4
Allgemeines Grundvermögen	35,8	15	33,1	14	41,7	18	+ 26,0
Insgesamt	627,7	265	520,8	222	604,3	260	+ 16,0

Die **Steuereinnahmen** als wichtigste originäre kommunale Einnahme beliefen sich im Jahr 2006 auf 895 Mill. Euro (385 Euro je Einwohner). Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen lag bei 20 Prozent (NBL = 20 Prozent, früheres Bundesgebiet = 42 Prozent).

Die Steuerdeckungsquote (Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamtausgaben) erreichte 21 Prozent (NBL = 22 Prozent, früheres Bundesgebiet = 43 Prozent).

Im Durchschnitt der neuen Bundesländer lag diese Quote bei 15 Prozent (früheres Bundesgebiet = 12 Prozent).

Von den für Baumaßnahmen verausgabten 604 Mill. Euro entfielen mehr als zwei Drittel (420 Mill. Euro) auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften, die übrigen Mittel auf die Landkreise (87 Mill. Euro) und kreisfreien Städte (98 Mill. Euro). Ein Blick auf einzelne Aufgabenbereiche (Tabelle 6) zeigt, dass mehr als zwei Drittel der gesamten Bauausgaben für Schulen, Straßen, Städteplanung, die Abwasserbeseitigung und das allgemeine Grundvermögen eingesetzt wurden.

Im Vergleich zum Vorjahr sind in allen genannten Aufgabenbereichen bis auf die Bereiche „Schulen“ und „Abwasserbeseitigung“ zweistellige Zuwächse bei den Bauinvestitionen festzustellen.

In den erstgenannten Bereichen waren die Ausgaben für Baumaßnahmen weiter rückläufig.

Gemessen an den anderen neuen Bundesländern nahm Thüringen bei den Steuereinnahmen je Einwohner mit 385 Euro nach Mecklenburg Vorpommern (368 Euro) den vorletzten Platz ein (NBL = 420 Euro; früheres Bundesgebiet = 876 Euro) und erreichte damit immer noch nicht die Hälfte des Niveaus der alten Bundesländer.

Mit einem Anteil von 48 Prozent an den Steuereinnahmen insgesamt war im Jahr 2006 die Gewerbesteuer (netto; das heißt, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) mit 426 Mill. Euro die ergiebigste Steuerart, (+78 Mill. Euro gegenüber dem Vorjahr).

Aus Grundsteuern flossen im Jahr 2006 mit 178 Mill. Euro annähernd so viel wie im Vorjahr in die

Gemeindekassen. Aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nahmen die Gemeinden 214 Mill. Euro ein, 9 Mill. Euro weniger als vor Jahresfrist. Aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer erhielten die Kommunen Zahlungen in Höhe von 66 Mill. Euro (+2 Mill. Euro).

Mit 11 Mill. Euro oder 1,2 Prozent der Steuereinnahmen nehmen sich die sonstigen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, wie Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer usw. dagegen eher gering aus. Im Jahr 2006 nahmen die Thüringer Gemeinden ähnlich wie im Vorjahr 4,5 Mill. Euro an Vergnügungssteuern und 5,2 Mill. Euro an Hundesteuern ein.

Tabelle 7: Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände

Steuer	2004		2005		2006		Veränderung 2006 zu 2005
	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Prozent
Grundsteuer A + B	170,8	72	177,0	75	177,8	77	+ 0,5
Gewerbesteuer (netto)	285,4	121	347,6	148	426,0	183	+ 22,6
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	187,2	79	222,5	95	213,6	92	- 4,0
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	62,5	26	64,3	27	66,1	28	+ 2,8
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	10,6	4	11,6	5	11,0	5	- 5,2
Insgesamt	716,5	303	822,9	351	894,5	385	+ 8,7

Die **Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb**, zu denen u.a. neben Gebühreneinnahmen und Abgaben auch die Einnahmen aus Mieten und Pachten, Einnahmen aus Verkauf sowie aus Gewinnanteilen und Konzessionsabgaben zählen, sind mit insgesamt 562 Mill. Euro gegenüber dem Vorjahr um nahezu 12 Mill. Euro gestiegen.

Die Einnahmen aus Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten stiegen im Jahr 2006 um 22 Mill. Euro. Bei den Einnahmen aus Verwaltungsgebühren war ein Rückgang um eine Million Euro festzustellen.

Die Einnahmen aus Verkauf stiegen um eine Million Euro.

Aus Gewinnanteilen von Unternehmen flossen 7 Mill. Euro weniger als im Vorjahr in die Gemeindekassen. Die Einnahmen aus Konzessionsabgaben waren um fast 3 Mill. Euro niedriger als vor Jahresfrist.

Auch aus Mieten und Pachten flossen 2 Mill. Euro weniger in die Kassen der Gemeinden.

Die weiteren Finanzeinnahmen, wie Bußgelder, Säumniszuschläge waren annähernd so hoch wie im Vorjahr.

Tabelle 8: Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb der Gemeinden/Gemeindeverbände

Einnahmenart	2004		2005		2006		Veränderung 2006 zu 2005
	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Prozent
Gebühren, sonstige Entgelte	286,1	121	278,8	119	300,1	129	+ 7,6
Übrige Verwaltungs- und Betriebs-einnahmen	163,1	69	163,5	70	163,4	70	- 0,1
Gewinnanteile, Konzessionsabgaben	100,7	43	107,9	46	98,4	42	- 8,8
Insgesamt	549,9	233	550,1	235	561,9	242	+ 2,1

Aufgrund der Sparzwänge der Kommunen war auch ein weiterer Tritt auf die „Schuldenbremse“ unerlässlich, was sich deutlich an der Entwicklung der Nettokreditaufnahme (Schuldenaufnahme am Kreditmarkt minus Schuldentilgung am Kreditmarkt) zeigt.

Die Nettokreditaufnahme belief sich im Jahr 1992 auf 616 Mill. Euro und stieg im Jahr 1993 um weitere 41 Mill. Euro auf insgesamt 657 Mill. Euro an. Von 1994 bis 1998 konnte diese dann sukzessive auf 52 Mill. Euro gesenkt werden.

Im Jahr 1999 lagen die Tilgungsraten erstmals um eine Million Euro über der Neuaufnahme von Kre-

diten. 2006 konnten durch die Thüringer Kommunen bereits 100 Mill. Euro mehr getilgt werden als neue Schulden aufgenommen wurden.

Der **Schuldenstand** belief sich im Jahr 2006 auf 2 721 Mill. Euro und entsprach damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 171 Euro.

Die kreisfreien Städte hatten Ende 2006 einen Schuldenstand von 570 Mill. Euro (1 020 Euro je Einwohner), die kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften) 1 549 Mill. Euro (878 Euro je EW) und die Landkreisverwaltungen waren mit 603 Mill. Euro (342 Euro je EW) verschuldet.

Tabelle 9: Schulden der Gemeinden/Gemeindeverbände

Schulden	2004		2005		2006		Veränderung 2006 zu 2005
	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Prozent
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	227	96	243	104	202	87	- 16,9
Schuldentilgung am Kreditmarkt	267	113	324	138	302	130	- 6,8
Schuldenstand am 31.12.	2 900	1 226	2 823	1 204	2 721	1 171	- 3,6
Kassenkredite	78	33	82	35	102	44	+ 25,0

Je Einwohner ergibt sich für die kreisangehörigen Gemeinden bzw. für die Landkreise, unter Zugrundelegung der gleichen Bevölkerungszahl, eine Pro-Kopf-Verschuldung von 878 Euro bzw. 342 Euro.

Ein Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung der Thüringer Gemeinden/GV mit der der anderen jungen Bundesländer zeigt, dass nicht mehr die Thüringer Gemeinden wie noch 1999 die am höchsten verschuldeten waren, sondern die Gemeinden von Mecklenburg-Vorpommern (1 319 Euro) vor den Gemeinden aus Sachsen-Anhalt (1 304 Euro).

Danach folgen die Thüringer (1 171 Euro) und dann die Sächsischen Gemeinden (976 Euro). Die Gemeinden Brandenburgs waren am Jahresende mit 653 Euro pro Einwohner verschuldet.

Zusätzlich mussten die Gemeinden und Gemeindeverbände zur Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten Kassenkredite in Höhe von 102 Mill. Euro in Anspruch nehmen, 20 Mill. Euro bzw. ein Viertel mehr als im Vorjahr. Die kreisfreien Städte benötigten davon 36 Mill. Euro und damit mehr als doppelt so viel wie 2005.

Die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften nahmen mit 30 Mill. Euro 3 Mill. Euro weniger in Anspruch als im Jahr zuvor.

In den Landkreisverwaltungen wurden mit 36 Mill. Euro 4 Mill. Euro mehr beansprucht als vor Jahresfrist.

Angesichts der noch relativ geringen eigenen Einnahmen der Kommunen nehmen die **Landeszuweisungen** nach wie vor einen besonderen Stellenwert ein.

Besonders wichtig für die Gemeinden und Gemeindeverbände sind die Zahlungen der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sowie die Investitionszuweisungen. Im Jahr 2006 erhielten die Thüringer Kommunen Zuweisungen und Zuschüsse für laufende und investive Zwecke vom Land in Höhe von insgesamt 2 650 Mill. Euro. Das waren 59 Prozent ihrer Gesamteinnahmen.

Die an die Gemeinden gezahlten Schlüsselzuweisungen vom Land bildeten mit 1 034 Mill. Euro den größten Posten dieser Zuweisungen. Hier war ein Rückgang zum Vorjahr um 33 Mill. Euro festzustellen. Die für die Gemeindeinvestitionen sehr wichtigen

Investitionszuweisungen vom Land stiegen im Jahr 2006 auf insgesamt 464 Mill. Euro und lagen damit um 6 Prozent oder 26 Mill. Euro über dem Vorjahresbetrag.

Im Jahr 2006 wurden 318 Mill. Euro (Vorjahr 306 Mill. Euro) als Leistungsbeteiligung des Landes im

Rahmen von Hartz IV an die Gemeinden und Gemeindeverbände gezahlt.

Weitere 834 Mill. Euro wurden als Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Ersätze zum Familienleistungsausgleich, Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts, Bedarfszuweisungen bzw. als sonstige allgemeine Zuweisungen geleistet.

Tabelle 10: Zuweisungen und Zuschüsse des Landes an Gemeinden/Gemeindeverbände

Zuweisungen	2004		2005		2006		Veränderung 2006 zu 2005
	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Prozent
Laufende Zuweisungen u. Zuschüsse vom Land	2 015	852	2 157	920	2 186	941	+ 1,3
darunter:							
Schlüsselzuweisungen	1 100	465	1 067	455	1 034	445	- 3,1
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung im Rahmen von Hartz IV	-	-	306	131	318	137	+ 3,9
Zuweisungen u. Zuschüsse für Investitionen vom Land	548	232	438	187	464	200	+ 5,9
Insgesamt	2 563	1 084	2 595	1 107	2 650	1 141	+ 2,1

Wie in Tabelle 10 dargestellt, kommen in Thüringen 59 Prozent der gemeindlichen Einnahmen aus Landeszuweisungen. Im Durchschnitt der neuen Bundesländer liegt dieser Anteil bei 51 Prozent, in den Ländern des früheren Bundesgebietes entfällt nur ein Viertel auf diese Einnahmequelle. Wesentliche Einnahmequelle der Gemeinden in den Ländern des früheren Bundesgebietes sind die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen (42 Prozent

der Gesamteinnahmen), die in den neuen Bundesländern noch eine deutlich geringere Rolle spielen (20 Prozent der Gesamteinnahmen; in Thüringen ebenfalls 20 Prozent).

Angesichts dieser Tatsache kann abschließend gesagt werden, dass trotz der allmählich aber stetig wachsenden Steuerkraft den Finanztransfers des Landes an die Kommunen nach wie vor eine große Bedeutung zukommt.

Gesamteinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände



Thüringer Landesamt für Statistik

Tabelle 11: Ausgaben und Einnahmen nach Gebietskörperschaftsgruppen

Ausgabe- und Einnahmearten	Gemeinden und Gemeindeverbände			Davon								
				kreisfreie Städte			kreisangeh. Gemeinden einschl. Verwaltungsgemeinschaften			Landkreise		
	2005	2006	Veränderung 2006 gegenüber 2005	2005	2006	Veränderung 2006 gegenüber 2005	2005	2006	Veränderung 2006 gegenüber 2005	2005	2006	Veränderung 2006 gegenüber 2005
	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%
Personalausgaben	1 115	1 110	- 0,4	278	277	- 0,2	499	493	- 1,2	338	340	+ 0,5
Laufender Sachaufwand	737	764	+ 3,7	180	193	+ 7,3	294	300	+ 2,2	263	271	+ 3,1
Soziale Leistungen	959	1 029	+ 7,4	290	315	+ 8,6	2	8	+ 284,1	666	706	+ 6,0
Zinsausgaben	138	130	- 6,1	29	28	- 2,0	76	71	- 6,7	33	30	- 8,1
Sachinvestitionen	610	694	+ 13,7	108	122	+ 13,0	386	468	+ 21,1	117	105	- 10,2
Sonstige Ausgaben	943	1 027	+ 8,9	231	246	+ 6,5	587	645	+ 9,9	125	136	+ 8,8
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	434	449	+ 3,3	8	6	- 23,3	91	100	+ 10,0	336	343	+ 2,1
Gesamtausgaben ¹⁾	4 068	4 305	+ 5,8	1 108	1 175	+ 6,0	1 753	1 885	+ 7,5	1 207	1 245	+ 3,2
Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	823	895	+ 8,7	266	299	+ 12,3	557	596	+ 7,0	-	-	-
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	2 157	2 186	+ 1,4	579	566	- 2,2	689	714	+ 3,6	890	907	+ 1,9
davon												
Schlüsselzuweisungen	1 067	1 034	- 3,1	245	234	- 4,5	556	543	- 2,5	266	257	- 3,1
Bedarfs- und sonstige allgemeine Zuweisungen	403	399	- 1,1	116	109	- 5,9	72	72	- 0,5	215	217	+ 1,2
Erstattungen und laufende Zuweisungen	687	754	+ 9,8	217	222	+ 2,3	60	99	+ 65,5	409	432	+ 5,6
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	550	562	+ 2,1	140	149	+ 6,0	275	270	- 1,9	134	143	+ 6,4
Zuweisungen für Investitionen vom Land	438	464	+ 5,9	106	119	+ 12,7	242	254	+ 5,1	90	90	+ 0,0
Sonstige Einnahmen	760	829	+ 9,1	94	82	- 12,8	212	252	+ 18,9	454	496	+ 9,3
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	434	449	+ 3,3	8	6	- 23,3	91	100	+ 10,0	336	343	+ 2,1
Gesamteinnahmen ¹⁾	4 294	4 487	+ 4,5	1 177	1 209	+ 2,7	1 884	1 986	+ 5,4	1 233	1 293	+ 4,9
Finanzierungssaldo	226	183	- 19,1	69	34	- 50,9	131	101	- 23,0	26	48	+ 83,5
Schuldenaufnahme ²⁾ am Kreditmarkt	243	202	- 16,9	54	33	- 38,6	129	134	+ 3,3	60	35	- 41,1
Schuldentilgung ²⁾ am Kreditmarkt	324	302	- 6,8	65	50	- 23,4	186	190	+ 2,5	74	62	- 15,6
Schuldenstand am 31.12. ²⁾	2 823	2 721	- 3,6	587	570	- 2,9	1 607	1 549	- 3,6	630	603	- 4,3

1) ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene

2) Ergebnis nach der jährlichen Schuldenstatistik